

Amer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichungen nehmen die Anzeigen und für Fremde die Personellen entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluss Nr. 23.

Veröffentlichungen nehmen die Anzeigen und für Fremde die Personellen entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluss Nr. 23.

Telegramme: Lageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1040

Nr. 262

Sonntag, den 9. November 1924

19. Jahrgang

Die Finanzministerkonferenz in Berlin.

Die Länder gegen das Reich.

Wie bereits angekündigt, begann am Freitag vormittag 11 Uhr in Berlin unter Vorsitz des Reichsfinanzministers Dr. Luther, die Konferenz der Finanzminister der Länder. Die Konferenz beschäftigt sich in erster Linie mit der Weiterberechtigung über die vorgesehenen Steuerermäßigungen und mit der Frage der ausländischen Anleihe für Länder und Gemeinden. Die Minister der Länder wenden sich nach wie vor gegen das Steuerermäßigungs-Projekt des Reichsfinanzministers mit dem Hinweis, daß die Ländererinnahmen dadurch allzu sehr geschmälert werden könnten. Eingehend behandelt wurde auch die Anwendung des Artikels 48 der Reichsverfassung über den Erlaß der Verordnung. Bekanntlich hat die Reichsregierung zu verstehen gegeben, daß sie, im Falle keine Einigung mit den Ländern erfolgt werden kann, die Verordnung auf Grund dieses Artikels rechtskräftig machen will. Die Verhandlungen dauerten in den späten Nachmittagsstunden noch an. Man hofft, daß trotz der un-

strittenen Frage eine Einigung zustande kommt. Wie bereits wiederholt mitgeteilt, handelt es sich bei den Steuerplänen der Reichsregierung um die Herabsetzung der Umsatzsteuer von 2 1/2 auf 1 1/2 Prozent, um die Ermäßigung der am 1. Dezember fälligen Vorauszahlung auf die Einkommensteuer um 25 vom Hundert, und um die Erhöhung der Freigrenze bei der Lohnsteuer von 50 M. auf 60 M. monatlich.

Steuerliche Vorschläge des Deutschen Gewerkschaftsbundes.
Berlin, 7. Nov. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat an das Reichsfinanzministerium das dringende Ersuchen gerichtet, anlässlich der bevorstehenden Verrückung gewisser Steuerarten auch eine Neugestaltung der steuerfreien Abzüge im Lohnsteuerverfahren nach der Richtung herbeizuführen, daß der Werbungskostenabzug von 50 auf 75 Mark heraufgesetzt und die prozentualen Kinderabzüge derart erhöht werden, daß bei vier Kindern und einem monatlichen Arbeitslohn von 150 Mark keine Abzüge vorgenommen werden.

Neue Fortschritte im Wiederaufbau.

Den Erfolgen unserer bisherigen Politik auf außenpolitischem Gebiet, die besonders in der fortschreitenden Abkündigung des Ruhrgebietes ihren Ausdruck finden, gesellen sich von Tag zu Tag neue Fortschritte in der Gesundung unserer innenpolitischen und wirtschaftlichen Verhältnisse zu. Es geht wieder vorwärts und aufwärts, das ist die Befriedigung, die sich einem jeden angefangen der letzten wichtigen Beschlüsse der Reichsregierung aufdrängen muß. Unser Staatshaushalt ist in Ordnung gebracht und die finanziellen Einkünfte des Reiches weisen einen Ueberschuß auf, der sich noch vermehren wird, wenn die Wiederherstellung der Verwaltungshoheit im besetzten Gebiet, die Rückgabe der Eisenbahnen in jenen Gebieten an die Reichsbahn, die Aufhebung der Zollschranken und alles, was sonst die Durchführung der Londoner Abmachungen dem Reiche an Erleichterungen bringen wird, sich voll auswirkt. Wir sind zwar noch weit von einer wirklichen Gesundung unserer Volks- und Wirtschaftskörper entfernt, denn die Schäden, die der Krieg und die Nachkriegszeit, besonders der furchtbare opferreiche Ruhrkampf verursacht haben, haben sich zu tief eingegraben, als daß sie von heute auf morgen geheilt werden könnten. Aber der Gesundungsprozess macht doch unverkennbare Fortschritte, und es hängt lediglich vom deutschen Volke selbst ab, von dieser erfreulichen Entwicklung Störungen fernzuhalten und dadurch ihren Gelingen zu sichern.

Unter diesen Umständen ist die Reichsregierung in der Lage gewesen, erhebliche Steuererleichterungen schon jetzt ins Auge zu fassen, durch die die Gesamtsteuerlast, die das deutsche Volk noch bis zum Ende dieses Finanzjahres aufzubringen hätte, um weit über 100 Millionen Mark verringert wird. Das ist eine gewaltige Summe, die nunmehr der deutschen Wirtschaft wird erhalten bleiben können und sicher erheblich zur Belebung des Wirtschaftsprozesses beitragen wird. Nachdem die Festigkeit unserer Währung gesichert und durch die Gewinnung der Goldnotenbank und großen Erfolg der 300 Millionen-Anleihe auch für die Zukunft verbürgt worden ist, kommt es jetzt darauf an, die Steuern mit der Tragkraft des deutschen Volkes in Einklang zu bringen. Die Weiterentwicklung der Reichsregierung kann nur ein erster Schritt dazu sein, und es wird eine der wichtigsten Aufgaben des neuen Reichstages sein, die Steuern in zweckmäßiger und erträglicher Weise umzuwandeln. Von dem Ausfall der Wahlen wird es ganz wesentlich abhängen, ob die Last der Staatsausgaben im wesentlichen von der breiten Masse getragen werden muß, oder ein gerechter Ausgleich zwischen allen Schichten der Bevölkerung erfolgt.

Neben den Steuerfragen hat die Reichsregierung noch auf einer Reihe von anderen Gebieten gearbeitet, deren Ausführung sofort in Angriff genommen werden soll, wenn die künftige Regierung auf der gleichen Grundlage wie bisher gebildet werden kann. Insbesondere sollen in der Aufwertungfrage die berechtigten Forderungen der durch die Geldentwertung Geschädigten in erhöhtem Maße berücksichtigt werden. Wir haben von jeder auf dem Standpunkt gefanden, daß die Aufwertung ihre obere Grenze lediglich in der finanziellen Leistungsfähigkeit des Reiches und der anderen Schuldner finden dürfe. Wenn diese obere Grenze infolge der bisherigen vorsichtigen Finanzpolitik jetzt erheblich höher gezogen werden kann, so ist dies eines der erfreulichsten Ergebnisse unserer finanziellen Gesundung. Daß bei der Aufwertung spekulative Gewinne ausgeschlossen sein müssen und daß dabei vor allem die wirtschaftlich Schwachen, die Kleinrentner usw., zu berücksichtigen sind, ist eine alte demokratische Forderung. Wenn man bei der Aufwertung sich nicht auf die bedürftigen Kreise allein zu beschränken braucht, so ist dies doppelt zu begrüßen, weil dadurch der Wiederaufbau von Treu und Glauben, die die Grundlage alles wirtschaftlichen Lebens sind, in hervorragendem Maße gebietet wird. Nur wenn das allgemeine Vertrauen vollständig wieder hergestellt wird, können wir in dem wirtschaftlich unentbehrlichen Kreditverkehr zu erträglichen Zinssätzen kommen.

Darüber hinaus hat die Reichsregierung vor allem der anderen großen Gruppe der Inflationsopfer gedacht, nämlich der Beamenschaft, deren Befolgung bisher im Interesse der Sanierung der Staatsfinanzen auf einem unerträglich niedrigen Maß gehalten worden war. Nicht nur um der Beamenschaft willen, sondern um des Gesamtvolkes willen ist es zu begrüßen, daß die Beamtengehälter wieder ungefähre den Friedensständen angepaßt werden sollen. Denn ein schlecht bezahltes Beamtenum kann die ihm zufallenden wichtigen Aufgaben nicht erfüllen, eine unzureichende Befolgung der Staatsdiener muß auf die Dauer geradezu zu einer öffentlichen Gefahr werden. Es ist aber auch die höchste Zeit, daß das Damoklesschwert der Abwanderung von den

Herbette über französische Ostpolitik.

Rückgabe Oberschlesiens an Deutschland nicht unmöglich?
Paris, 7. Nov. Der Pariser Korrespondent der „Neuen Zürcher Zeitung“ berichtet über eine Unterredung, die er mit dem neuen für Moskau ausersesehenen Botschafter Jean Herbette über das Verhältnis Frankreichs zu Deutschland und die Rückwirkungen des deutschen Wahlausfalles auf die französischen Linksparteien hatte. Die wichtigsten Neupunkte Herbettes lauteten: Der demokratische Abgeordnete Herbette stellte als Forderung seiner Partei in der auswärtigen Politik auf, die beschleunigte Räumung der Ruhr, Rückgabe des Saargebietes, der Befreiung der Dölgrenze, eventuell Kolonialbesitz. Ich bin der Meinung, daß eine Verständigung über diese Punkte mit Frankreich nicht zu den Unmöglichkeitkeiten gehört, freilich unter der ausdrücklichen Bedingung, daß Frankreich ein demokratisches Deutschland vor sich hat. Niemand kann uns zumuten, einem Deutschland, das auf Knebanchen, Erleichterungen am Versailler Vertrag und territoriale Konzessionen zu gewähren, die es paßher gegen uns ausnützt. Sind wir dagegen sicher, daß die deutsche Regierung den Dawesplan und die Entlohnungsklauseln ehestich ausführt, so können wir uns leicht dazu verstehen, die Ruhr zu räumen. Was das Saargebiet anbelangt, so lassen sich hier ebenfalls Konzessionen denken. Wozu da länger als nötig die Weibölterung unter fremder Besatzung halten, die doch später wieder zu Deutschland zurückwill? Natürlich gilt dieses Argument nur einem republikanischen Deutschland gegenüber.

Die politischen Folgen von Ingolstadt.

Genf, 7. November. Das Pariser „Journal“ enthielt gestern die Ankündigung, daß der Botschafterrat sich kommende Woche mit den Vorgängen in Deutschland befassen werde und daß das Resultat nur eine neue Note nach Berlin und die Verhängung der Kontrolle auf unbestimmte Zeit sein müsse.

Die Verhandlung gegen General Rathusius.

Paris, 7. Nov. Der „Petit Parisien“ meldet aus Lille: Der General von Rathusius hat erklärt, er sei ein Opfer eines Irrtums, und er habe niemals die Verdrehen begangen, die man ihm vorwirft. Seine Unschuld werde bei den Verhandlungen bald zutage treten; er hoffe, bald die Seinigen wiedersehen zu können. Der General von Rathusius wird im Gefängnis von Lille in einer Zelle gehalten, die die zum Tode Verurteilten innehaben und die für ihn besonders hergerichtet worden ist.

Parlamentarische Obstruktion der Deutschen in Schmen.

Strog, 7. Nov. Die parlamentarischen Klubs der deutschen Parteien haben beschlossen, mit Rücksicht auf die gegenüber dem deutschen Volke in der Tschaboslawatell angewandte tschechische Regierungspraxis den ferneren parlamentarischen Beratungen über das Budget fernzubleiben.

Militärdiktatur in China.

London, 7. November. Tchang Tso Wins Vortruppen haben Peking erreicht. Die Nationalkonferenz der chinesischen Generals und politischen Führer, die die neue Staatsform festlegen soll, dürfte erst in zwei Monaten stattfinden. Bis dahin soll China von einer Regierung beherrscht werden, die den Charakter einer Militärdiktatur trägt.

Eisenbahnerstreik in Oesterreich.

Rücktritt der Regierung.
Wien, 7. November. Die Verhandlungen zwischen der Bundesbahn-Direktion und den Organisationsvertretern wurden bis 11.30 Uhr nachts weitergeführt. Da auch ein neuer, innerhalb des Rahmens der bisherigen finanziellen Zustände gemachter Vorschlag des Präsidenten Dr. Gänther abgelehnt wurde, scheiterten die Verhandlungen endgültig. Infolgedessen übertrug Präsident Dr. Gänther dem Bundeskanzler sein Rücktrittsgesuch. Die Regierung trat nochmals zu einem Ministerrat zusammen und unterbreitete dem Bundespräsidenten ihre Demission. Sie fährt einstweilen die Geschäfte weiter.

Wien, 7. November. Infolge des Scheiterns der Verhandlungen zwischen den Bundesbahnangehörigen und der Bundesbahndirektion ist der Eisenbahnerstreik um 12 Uhr nachts ausgedroht.

Polens Sorge im Osten.

Warschau, 6. November. Infolge des Ueberhandnehmens des Bandenunwesens brachten die Nationaldemokraten im Sejm einen Dringlichkeitsantrag ein, der die Regierung auffordert, noch vor Verabschiedung eines geplanten Gesetzes über den Ausnahmezustand in den östlichen Gebieten Polens sofort den Ausnahmezustand zu proklamieren. Es bleibt abzuwarten, wie sich die Mehrheit des Sejm zu diesem Antrag stellen wird, denn es gibt zahlreiche Politiker der polnischen Linksparteien, die wissen, daß man es in den polnischen Ostgebieten nicht nur mit gewöhnlichen Räuberbanden zu tun hat, sondern auch mit einer hochgradigen Erregung der ganzen ukrainischen und weißrussischen Einwohnerchaft gegen die minderheitsfeindliche polnische Verwaltung. Eine weitere Verschärfung der polnischen Regierungsmarine, die dieser Ausnahmezustand mit sich bringen müßte, kann daher sehr leicht das Bandenwesen in eine Aufstandsbewegung der Ukrainer und Weißrussen verwandeln, die im Osten die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung bilden.

Handelsvertrag zwischen Polen und Deutschland.

Warschau, 6. November. Die Verhandlungen über einen Handelsvertrag zwischen Deutschland und Polen sollen am 12. November in Warschau eröffnet werden.

Ein neues Kammersteg Herrlots.

In der heutigen Nachmittags-Sitzung der Kammer stand die Interpellation über die Lebensmittelsteuer und die damit zusammenhängenden Fragen der Wohnungsnot und der Preistreibelei zur Debatte. Auf Anfragen erwiderte Herrlot, daß einzige Mittel zu einer wirksamen Bekämpfung der Teuerung sei die Sanierung der finanziellen Lage durch einen rücksichtslosen Ausgleich des Budgets, den man dem Lande oft versprochen, aber niemals durchgeführt habe. Die Rechte protestierte so lärmend, daß der Ministerpräsident sich minutenlang kein Gehör verschaffen konnte. Herrlot fuhr dann fort, seine Regierung wolle das Land vor der finanziellen Anarchie und deren Folgen bewahren. Sie werde auch bestrebt sein, die Zölle auf die notwendigen Bedarfsartikel herabzusetzen. Aber wie kann man von ihr verlangen, daß sie in einigen Wochen die Wirkungen einer 4-jährigen schlechten Politik beseitige? Der Ministerpräsident wurde von der Rechten wiederum förmlich unterbrochen. Abg. Bennesou (Rechte) brachte eine Interpellation ein, in der von der Regierung Auskunft betreffend die Schaffung einer Kapitalrentensteuer gefordert wird. Herrlot verlangte die Vertagung dieser Interpellation und stellte die Vertrauensfrage. Mit 333 gegen 117 Stimmen wurde seinem Antrag gemäß beschloffen. Darauf vertagte sich die Kammer.

end.
ZU
e
2.45
4.50
2.85
4.-
1.40
1.90
3.-
2.50
3.50
2.40
1.75
95
3
5
1.10
1.-
1.45
1.45
3
3
2
7
0
3
0
7
A.G.
resden
hof
ue.
mber,
ten"
d
nitz
chen
gewest,
wird für
bei guter
n bitte nur
erfolgen.
II wach